

Kebschull, Dietrich

**Article — Digitized Version**

## Der umstrittene Beitritt

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Kebschull, Dietrich (1967) : Der umstrittene Beitritt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 10, pp. 493-494

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133766>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Der umstrittene Beitritt

**E**nde dieses Monats wird sich der Rat der Europäischen Gemeinschaften mit dem Beitrittsgesuch Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt beschäftigen. Mit überzeugender Mehrheit haben die Labour-Abgeordneten in Scarborough die Initiative Wilsons unterstützt. Dieser erneute Vorstoß beendet die jahrhundertelange Politik der „splendid isolation“. Der westeuropäische Markt mit fast 300 Millionen Verbrauchern übt auf das in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindliche Land eine starke Anziehungskraft aus.

Vom juristischen Standpunkt aus stehen dem Beitritt keine Hindernisse im Weg. Trotzdem vergingen mehrere Monate, bis die Kommission der Gemeinschaften eine Stellungnahme zu der Behandlung der Aufnahmegehalte Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens und Irlands erarbeitet hatte. Der vorliegende Bericht bietet keine Überraschungen. Denn die Fronten waren bereits vorher abgesteckt. Die Aufnahme von Verhandlungen wird grundsätzlich befürwortet.

Die Anhänger einer Erweiterung des Gemeinsamen Marktes haben eine ebenso einfache wie überzeugende Argumentation. Mit der Einbeziehung Großbritanniens wächst der EWG-Raum. Ein industrielles Kerngebiet entsteht, das mit Nordamerika vergleichbar ist. Die Aufschließungseffekte, die mit dem Zollabbau und der verstärkten Arbeitsteilung und Spezialisierung in diesem Raum verbunden sind, fördern den Handelsaustausch zwischen den Partnern. Überdies verbessern sich die Einsatzmöglichkeiten der Faktoren. Ihre Produktivität steigt und führt zu einer Erhöhung des Sozialprodukts für alle beteiligten Staaten. Neben diesen möglichen Wirkungen besteht ein unbestreitbarer Vorteil für die EWG in der Ausnutzungsmöglichkeit des technologischen Potentials des neuen Partners. Der Vorsprung der USA gegenüber der EWG im Bereich von Technik und Forschung wächst trotz der ehrgeizigen Pläne de Gaulles ständig. Englands Mitgift — der hohe Entwicklungsstand auf den Gebieten der Kernkraft, der Elektronik und des Flugzeugbaus — eröffnet der europäischen Industrie neue Perspektiven in der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit und hinsichtlich der Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Auswertung.

Diese Argumente sind nicht neu. Doch den französischen Präsidenten de Gaulle konnten und können sie offensichtlich nicht überzeugen. Er hat bereits 1963 das englische Beitrittsgesuch strikt abgewiesen, und das Nein dieses Jahres war ebenfalls so bestimmt, daß nur ausgesprochene Optimisten daraus ein „Nein, aber“ machen konnten. Der General steht heute jedoch mit seiner Meinung nicht allein. Immer wieder erhält er Unterstützung aus einzelnen Wirtschaftsbereichen der EWG, die einem möglichen englischen Wettbewerb mit Besorgnis entgegensehen.

Von der kontinentalen Industrie werden die Beitrittsabsichten zwar vor allem wegen des höheren englischen Zollniveaus grundsätzlich begrüßt, doch fürchtet z. B. die französische Stahlindustrie den Druck der wieder verstaatlichten Konkurrenz aus Großbritannien. Anpassungsschwierigkeiten werden auch durch die verstärkte Kohleeinfuhr für die Bundesrepublik, Belgien und Frankreich entstehen. Sie können die bestehenden Strukturprobleme verschärfen und die Arbeitslosigkeit in diesem Industriezweig erhöhen. Ähnliches gilt für die Textilindustrie, die von

den englischen Einfuhren stark betroffen sein wird. Der Präsident der französischen Stahlindustrie, Ferry, fordert daher — gleichsam stellvertretend auch für andere Industriezweige — den Aufschub des britischen Beitritts, bis auf nationaler Ebene konkurrenzfähige Zusammenschlüsse erfolgt sind. Auf den ersten Blick scheint diese Argumentation dem Prinzip des Erziehungszolls zu entsprechen. Doch zeigt sie lediglich, daß der französischen Industrie eine Anpassung an die Bedingungen des liberalisierten Handels bisher nicht gelungen zu sein scheint. Der nicht mehr durchsetzbare nationale Protektionismus soll daher offensichtlich durch eine Abschirmung der EWG erreicht werden. Eine derartige Politik, die von den anderen Industrien ebenfalls gefordert werden könnte, widerspricht jedoch den Grundsätzen der EWG. Die mögliche Verlängerung der Anpassungsfristen wird in diesen Fällen nicht genügen. Die zu erwartende Konkurrenz zwingt die EWG-Staaten vielmehr zu schnellem Handeln. Sie müssen vorausschauende strukturpolitische Maßnahmen treffen, die Umsetzungsprozesse begünstigen und den Ausbau von Wachstumsindustrien erleichtern.

Gegen einen Beitritt sprechen diese Begründungen ebensowenig wie die etwas kurios anmutende Feststellung de Gaulles, daß England eine Insel sei und somit nicht zum Kontinent gehöre. Doch wird man sich — auch und gerade als Befürworter einer erweiterten EWG — mit einem Problem ernsthaft auseinandersetzen müssen, das in den letzten Wochen immer stärker zum Dreh- und Angelpunkt der Beitrittsdiskussion geworden ist: mit der chronischen Pfundkrise. Zwar ist es der Regierung Wilson gelungen, die Zahlungsbilanz kurzfristig zu verbessern, doch kann man deshalb kaum von einer Gesundung der Währung sprechen. Bereits im nächsten Jahr dürften erneute hohe Defizite kaum vermeidbar sein. Zudem entsteht durch die Beteiligung am gemeinsamen Agrarmarkt eine zusätzliche Belastung der britischen Zahlungsbilanz von etwa 200 Mill. £ pro Jahr. Schwierigkeiten ergeben sich dabei aber entgegen der Argumentation de Gaulles weniger für die EWG, sondern in erster Linie für Großbritannien, das die Agrarmarktordnungen nach einer noch festzulegenden Übergangszeit annehmen muß und sich zusätzlich mit seinen Commonwealth-Partnern auseinanderzusetzen hat. Für die EWG-Staaten besteht die langfristig günstigste Lösung des Pfundproblems ohne Zweifel in der ökonomisch vernünftigen Abwertung und der Aufgabe der Leitwährungsfunktion. Das widerspricht jedoch den traditionellen Vorstellungen, und Großbritannien scheint bisher nicht bereit zu sein, dieses Thema im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zu diskutieren.

Dieses wesentliche Hindernis für den Beitritt kann nur überwunden werden, wenn Großbritannien zum Nachgeben bereit ist. Erschwerend kommt aber auch dann das Gewicht rein politischer Argumente hinzu. Denn die EWG soll schließlich keine Freihandelszone werden. Ihr letztes Ziel ist die politische Integration der Einzelstaaten. Nach Meinung Frankreichs wird Großbritannien das Gleichgewicht der Sechs stören und diese Integration verhindern. Denn mit einer wachsenden Zahl von Beteiligten wird die Einigung auf gemeinsame Grundlinien und Handlungen zunehmend erschwert — vor allem dann, wenn Großbritannien auf seiner Großmachtvorstellung beharrt und eine Reihe weiterer EFTA-Staaten in die EWG aufgenommen wird. Diesem Argument kann man sich, wenn man einmal davon absieht, daß gerade Frankreich diesen letzten Schritt der Integration bisher verhindern wollte, nicht verschließen! Soll die EWG nicht zu einer Gemeinschaft werden, die nicht mehr ist als die Summe ihrer Mitglieder und wegen der Vielzahl widerstreitender Interessen ähnlich beschlußunfähig wie der Völkerbund oder die UNO, so müssen alle Beteiligten einen großen Teil ihrer bisherigen Kompetenzen an die Kommission abtreten. Eine solche Stärkung würde die innere Integration vorantreiben und der Gemeinschaft ein stärkeres Auftreten nach außen hin ermöglichen. Die EWG-Staaten sollten daher bereits jetzt nachdrücklich fordern, daß Großbritannien auch diese entscheidende Voraussetzung des Beitritts erfüllt. Denn nur dann kann verhindert werden, daß eine zahlenmäßig erweiterte EWG ihren Charakter ändert.

*Dietrich Kobschull*